

Weitere Gesetzgebungs- und Verordnungsprojekte

Änderung	Inkrafttreten	Inhalt in Kürze	Erlass und Medienmitteilung
Energiegesetz (EnG)	01.01.2018 StHG 01.01.2020 DBG	Änderungen im DBG und im StHG: - neu sollen auch Rückbaukosten im Hinblick auf einen Ersatzneubau abzugsfähig sein; - zudem sollen Aufwendungen für energetische Investitionskosten einschliesslich Rückbaukosten auf die zwei nachfolgenden Steuerperioden übertragen werden können, soweit sie im Jahr, in denen sie angefallen sind, steuerlich nicht vollständig berücksichtigt werden können.	Gesetz Botschaft Abstimmungsunterlagen
Totalrevision der Liegenschaftskostenverordnung	01.01.2020	Das erste Massnahmenpaket zur Umsetzung der Energiestrategie 2050 enthält auch steuerliche Massnahmen. Die Umsetzung dieser Massnahmen bedingt eine Totalrevision der Verordnung über den Abzug der Kosten von Liegenschaften des Privatvermögens bei der direkten Bundessteuer (Liegenschaftskostenverordnung).	Verordnung Erläuterungen zur Verordnung
Bundesgesetz über die steuerliche Behandlung finanzieller Sanktionen (Änderung des DBG und des StHG)	Frühestens 01.01.2020	Umsetzung der Motion 14.3450 Luginbühl «Steuerliche Abzugsfähigkeit von Bussen». Neu soll im Gesetz ausdrücklich geregelt werden, dass Unternehmen insbesondere finanzielle Sanktionen mit Strafzweck und Bestechungsgelder nicht von den Steuern abziehen können.	Gesetzesentwurf Botschaft Medienmitteilung
Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) (Vorl. Steuervorlage 17 [SV17])	Voraussichtlich 01.01.2020	Die STAF soll wettbewerbsfähige steuerliche Rahmenbedingungen in der Schweiz sicherstellen. Sie leistet einen entscheidenden Beitrag zu einem attraktiven Standort und damit zu Wertschöpfung, Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen. Ausgangspunkt der Vorlage ist die Ablösung bestehender Steuerregimes, die nicht mehr im Einklang mit internationalen Standards stehen. Ein	Gesetzesentwurf Botschaft Medienmitteilung

Änderung	Inkrafttreten	Inhalt in Kürze	Erlass und Medienmitteilung
		sozialer Ausgleich soll über die AHV vorgenommen werden.	
Finanzdienstleistungsgesetz (FIDLEG) und Finanzinstitutsgesetz (FINIG)	Voraussichtlich 01.01.2020	Mit dem FINIG sollen für Genossenschaftsbanken die Möglichkeit geschaffen werden, Beteiligungsscheine auszustellen. Diese sollen rechtlich gleich behandelt werden wie Partizipations-scheine bei Aktiengesellschaften. Die Vorlage bedarf Änderungen u.a. des MWSTG sowie des StG und des VStG.	Gesetz Botschaft Medienmitteilung
Bundesgesetz über die Beseitigung der Heiratsstrafe und Erzielung ausgewogener Belastungsrelationen bei der Ehepaar- und Familienbesteuerung	Frühestens 01.01.2021	Die Heiratsstrafe bei der direkten Bundessteuer soll beseitigt werden. Damit soll eine jahrzehntelange Kontroverse beendet und die verfassungswidrige Mehrbelastung der betroffenen Ehepaare aufgehoben werden.	Gesetzesentwurf Botschaft Medienmitteilung
Erhöhung Abzüge für Kinderdrittbetreuungskosten	Frühestens 01.01.2020	Um dem Mangel an inländischen Fachkräften entgegenzuwirken und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern, sollen künftig höhere Abzüge bei den Kinderdrittbetreuungskosten in DBG und StHG möglich sein.	Gesetzesentwurf Botschaft
Änderung des Obligationenrechts (Aktienrecht)	Frühestens 01.01.2020	<p>Im Zentrum steht, die Gründungs- und Kapitalvorschriften flexibler zu gestalten, die Aktionärsrechte zu stärken und Vergütungsvorschriften massvoll zu regulieren. Zudem will der Bundesrat die Finanzströme in der Rohstoffbranche transparenter machen. Und mit Richtwerten für die Vertretung beider Geschlechter im obersten Kader grosser börsenkotierter Gesellschaften soll die Gleichstellung zwischen Mann und Frau gefördert werden.</p> <p>Mit der Aktienrechtsrevision sind Änderungen des DGB, StHG und VStG in Bezug auf das Kapitalband und die steuerliche Behandlung von Bilanz und Erfolgsrechnung in Fremdwährung vorgesehen.</p>	Gesetzesentwurf Botschaft Medienmitteilung

Änderung	Inkrafttreten	Inhalt in Kürze	Erlass und Medienmitteilung
Neue Finanzordnung 2021	01.01.2021	Mit der neuen Finanzordnung 2021 (NFO 2021) wird die bis 2020 befristete Kompetenz des Bundes zur Erhebung der direkten Bundessteuer und der Mehrwertsteuer um 15 Jahre verlängert werden.	Bundesbeschluss Botschaft Abstimmungsunterlagen
Bundesgesetz über die Revision der Quellenbesteuerung des Erwerbseinkommens (Änderung des DBG und des StHG) Totalrevision der EFD Quellensteuerverordnung	01.01.2021 01.01.2021	Ausweitung der nachträglichen ordentlichen Veranlagung (NOV): <ul style="list-style-type: none"> - Alle ansässigen Quellensteuerpflichtigen, deren Bruttoerwerbseinkommen einen bestimmten Betrag überschreitet, werden obligatorisch der NOV unterstellt. - Wer als Ansässiger über Einkünfte verfügt, die nicht der Quellenbesteuerung unterliegen, wird ebenfalls einer obligatorischen NOV unterstellt. - Alle anderen Ansässigen können neu eine nachträgliche ordentliche Veranlagung beantragen. Das gilt auch für Nicht-Ansässige, welche die Voraussetzungen zur Quasi-Ansässigkeit erfüllen. 	Gesetz Botschaft Medienmitteilung Verordnung Erläuterungen zur Verordnung